

Liebe Osnabrückerinnen und Osnabrücker!

Seit Monaten schon sehen wir täglich die **schrecklichen Bilder der Vertreibungen** von Menschen aus dem Kosovo durch die **serbischen Sicherheitskräfte**. Ebenso haben wir vor Beginn des Nato-Eingriffs von **Übergriffen der UCK auf serbische Polizisten** und kosovo-albanische Bürger, die als Kollaborateure verdächtigt wurden, gehört.

Und zu Recht fragen wir uns, warum haben die Regierungen dieser Welt so **spät eingegriffen**, um eine **politische Lösung** dieses nun schon Jahre währenden Konfliktes zu finden.

Mit dem Zerfall Jugoslawiens Anfang der 90ziger Jahre und der **übereilten Anerkennung der ehemaligen Teilrepubliken** Slowenien, Kroatien, Bosnien-Herzowina und zuletzt Mazedoniens **durch die Regierung Kohl/Genscher** wurde die Krise verschärft. Auch die **Sezessionsbestrebungen der Kosovo-Albaner** wurden dadurch **verstärkt**.

Alle Bemühungen friedlich gesonnener Kräfte, wie z. B. die des von den Kosovo-Albanern gewählten Präsidenten **Rugova, wurde vom Westen ignoriert**. Dieser setzte sich für mehr Autonomie innerhalb des übrig gebliebenen Jugoslawien ein. So gewann die bis dahin unbedeutende Untergrundbewegung der **UCK**, die ein **selbstständiges Kosovo mit Waffengewalt** erreichen will, die Oberhand.

Durch **zahllose Flüchtlinge** aus dem Kosovo und anderen Teilen des ehemaligen Jugoslawien, die zu uns **nach Deutschland** kamen, wurden auch wir mit den dortigen Problemen direkt konfrontiert. Doch anstatt sich um eine politische Lösung des Kosovo-Konfliktes zu bemühen, spielten unsere Politiker die sich anbahnende Katastrophe herunter. Im Abkommen von **Dayton** kam der Kosovo nicht vor. Deutschland schickte die **Flüchtlinge** in die Bürgerkriegsregionen zurück, **zurück in Tod und Vertreibung**. Deserteure, die sich nicht an den wachsenden Übergriffen und Vertreibungen vor allem an der albanischen Bevölkerung beteiligen wollten, wurde der politische Status von Flüchtlingen verweigert. Sie wurden, wie viele andere, aus Deutschland abgeschoben.

Schlimmer noch, die Regierung unter Bundeskanzler Kohl schloß mit Milosevic, der jetzt als Kriegsverbrecher tituiert wird, noch 1996 ein **Rückführungsabkommen von Flüchtlingen**. Und noch am **18. November letzten Jahres**, nachdem Milosevic einen ersten Bombenkrieg durch die Nato in letzter Minute durch Konzessionen abwenden konnte, meldete das Auswärtige Amt: **Die Lage im Kosovo ist ruhig, eine Abschiebung von Flüchtlingen in diese Gebiete ist gefahrlos**. Und wenige Tage vor Ausbruch der Bombardierungen schob Bayern noch Menschen in den Kosovo ab.

Glaubt man den Regierungen, gab es damals schon 300.000 Vertriebene Kosovo-Albaner. Jetzt nach Ausbruch des Krieges sind es nach **Angaben des UNHCR weitere 500.000**, die vom Regime Milosevic aus ihrer Heimat brutal vertrieben wurden.

Doch auf einmal geht es unserer Regierung und den übrigen Nato-Staaten um Menschlichkeit und um die **Verhinderung einer humanitären Katastrophe**. Dazu müßte die Nato Jugoslawien bombardieren, dazu **müßten deutsche Soldaten zum erstenmal nach dem 2. Weltkrieg Luftangriffe gegen Belgrad fliegen**.

Nein, **nicht gegen Jugoslawien** bomben sie, so die Nato-Strategen, **gegen Milosovic** und strategische Ziele würde der High-Tech-Krieg geführt, und doch bombardieren sie auch zivile Ziele und töten dabei Zivilisten, **unerwünschte Nebenwirkungen** halt. Sie ignorieren, daß diese Nebenwirkungen, Tod und Vertreibungen nicht eindämmen sondern ausweiten.

Die **Wahrheit ist immer das erste Opfer** in einem Krieg und so wird der Krieg nicht mehr Krieg genannt, sondern man spricht von "**chirurgischen Operationen**". Und wenn bei den kriegesischen Operationen zivile Ziele getroffen werden und Menschen dabei umkommen, spricht man mit **orwellischer Diktion verharmlosend von Kollateralschäden**, so wie im Fall der Bombardierung eines Flüchtlingstrecks durch die Nato.

Und beide Seiten, Nato und Jugoslawien, versuchen uns, ihre Wahrheiten zu verkaufen und versteigen sich dabei immer mehr in **Lügen und Propaganda**. Dazu wird der eine oder andere Kosovo-Politiker durch die Nato auch mal für tot erklärt, um später wieder aufzutauchen. Oder die Serben berichten, tausende von deutschen Soldaten würden nach Griechenland desertieren. Eine objektive Information ist kaum noch zu bekommen.

Dieser **Krieg** auf dem Kosovo wurde von der Nato **langfristig geplant** und alle Militärs haben dabei schon Monate vorher von der Notwendigkeit des **Einsatzes von Bodentruppen** gesprochen. Und da die versprochenen schnellen Erfolge ausbleiben, wird auch schon lauter dieses Eingreifen gefordert, wie zum Beispiel von Abgeordneten des amerikanischen Kongresses. Alles wurde perfekt logistisch vorbereitet, nur **an die Folgen** haben die Befürworter des Krieges gegen Milosevic **nicht gedacht**. Nicht an eine mögliche Eskalierung der Vertreibungen, nicht daran, daß es in jedem Krieg auch **zig-tausend Flüchtlinge** gibt. Erst jetzt Wochen nach Kriegsbeginn geht man daran Flüchtlingslager in Mazedonien und in Albanien zu errichten.

Krieg hat noch nie zu einem längerfristigen Frieden geführt, im Gegenteil er hinterläßt immer nur einen **Friedhof**.

Kriegerische Gewalt führt nur zu weiterer Gewalt, zu einer Zunahme von gegenseitigem Haß, zu einer **Eskalation** der militärischen Auseinandersetzungen, deren **Opfer** immer die **einfache Bevölkerung** ist. Durch Krieg wurde noch nie Gewalt verhindert.

Unser Kanzler Gerhard Schröder hat in einer abendlichen Fernsehansprache bei Kriegsbeginn erklärt, die internationale Gemeinschaft stünde hinter den Bombardierungen zur Erzwingung eines Friedens im Kosovo. Warum dann, hat die **Nato ohne Mandat** der Vereinten Nationen gehandelt.

Ein **Krieg ohne UN-Mandat ist völkerechtswidrig**.

Das Eingreifen der Nato unter Führung der USA mißachtet die Charta der Vereinten Nationen. Es liegt kein Beschluß des UN-Sicherheitsrates vor, der für solche Aktionen zwingend vorgeschrieben ist, was z. B. im Falle der Auseinandersetzungen um Bosnien-Herzegovina jedoch der Fall war.

Warum wurde der UN-Sicherheitsrat nicht angerufen?

Man erklärt uns, Rußland und China hätten bestimmt ein **Veto** eingelegt. Doch wer legt eigentlich ständig sein Veto ein, wenn Resolutionen im Sicherheitsrat anstehen?

Für die Zeit von 1979 bis 1995 gibt es dazu eine Statistik. **69 mal waren es die USA**, 26 mal Großbritannien, 14 mal Frankreich, **nur 11 mal Rußland** bzw. die Sowjetunion und **nur ein einziges Mal China**.

Und nebenbei bemerkt, während der **Koreakrise** Anfang der 50ziger Jahre gab es sogar ein UN-Mandat zum militärischen Eingreifen ohne den Weltsicherheitsrat.

Weil die Nato-Staaten aber wußten, daß ihr Plan zur Lösung der Kosovo-Krise auf wenig Gegenliebe stoßen würde, haben sie diese möglichen und notwendigen Schritte erst gar nicht unternommen.

Zurückgegriffen wurde auf das längst **überholt geglaubte Konzept** zum Führen eines sogenannten "**humanitären und gerechten Krieges**" nach eigenem Gutdünken.

Und genau dies ist es, was die Nato seit langem will. So erklärte der Vorsitzende der Natoversammlung im November 1998 in der amerikanischen Zeitung Washington Post sinngemäß:

Die Nato darf sich durch ein fehlendes UN-Mandat in ihrem Handeln nicht einschränken lassen und zwar nirgendwo auf der Welt.

Mit anderen Worten: **Nato-Recht soll Völkerrecht ersetzen**.

Madeleine **Albright**, die amerikanische Außenministerin erklärte es nach einer Meldung der Nachrichtenagentur dpa vom 13.4.1999 bereits vor den Militärschlägen in ähnlicher Weise: "Die Allianz kann nicht die **Geisel des Vetos** von dem einen oder anderen Land gegen eine Operation sein, sonst würde die Nato zur schlichten **Filiale der UN**".

Damit erklärt sich die **Nato zum Weltpolizisten**, der von niemanden demokratisch zu kontrollieren sei.

Nach den Nato-Statuten ist diese Organisation eigentlich ein Verteidigungsbündnis für den Fall, das ein Mitgliedsland angegriffen wird. **Jugoslawien aber hat die Nato nicht angegriffen**.

Auch die Bundeswehr ist nach den Buchstaben der Gesetze und aller Verträge eine Verteidigungsarmee. Ihr Einsatz in Jugoslawien ist **verfassungswidrig** und der der Nato ist **völkerrechtswidrig**.

Was passiert, wenn sich andere Länder und Staatengemeinschaften dasselbe Recht herausnehmen und in ihren Interessensregionen aus "humanitären Gründen" bombardieren.

Verfolgt nicht die Türkei unter den Augen der Nato-Länder, sogar von deutschen Waffen unterstützt, die **Kurden** für ihre Unabhängigkeitsbestrebungen in der gleichen Weise mit Krieg und Folterungen wie die Serben die Kosovaren?

Was passiert, wenn Rußland und die GUS-Staaten Ankara und Istanbul angreifen, um die Vertreibung der Kurden in der Türkei zu stoppen.

Übrigens gibt es noch eine weitere Parallele zwischen dem Kurden-Problem und dem Kosovo. So wie die PKK für ihren bewaffneten Kampf Gelder von Flüchtlinge in Deutschland eintreibt und junge wehrfähige Männer rekrutiert, so macht es auch die UCK.

Ich möchte noch ein paar Beispiele geben, um zu zeigen wohin es führt, wenn sich die Weltstaatengemeinschaft nicht mehr an geltendes Recht hält.

Was passiert wenn Vietnam oder China in Indonesien Jakarta bombardieren, um die Menschenrechtsverletzungen im **Osttimor** zu beenden, oder was werden die Nato-Staaten sagen, wenn Indien daran geht, Raketen nach Peking zu schießen, weil die **Tibeter** unterdrückt werden, und als letztes, falls Kuba Bomben über Mexiko-Stadt oder Acapulco abläßt, um den Indios in **Chiapas** zu Hilfe zu kommen.

In den letzten Tagen wurden wir **aufgeschreckt** durch Meldungen aus Rußland. Danach würden die Russen beim Einsatz von Bodentruppen ihre **Atomraketen** wieder auf den Westen ausrichten und gegebenenfalls auch einsetzen. Dies wurde später zwar dementiert, doch es zeigt die Gefahren auf, die aus dem Konflikt erwachsen können. Ein **3. Weltkrieg** scheint nicht ausgeschlossen. Jetzt geht man wenigstens wieder daran, Rußland in den Prozeß um eine Konfliktlösung wieder einzubeziehen.

Aber machen wir nicht den Fehler und übergehen die anderen Staaten dieser Welt. Es darf nicht sein, daß nur die größten Industrienationen die Weltpolitik nach ihrer Interessenlage bestimmen.

Warum hat Jugoslawien dem **Rambouillet-Abkommen** nicht vollständig zugestimmt? Der **politische Teil** wurde jedenfalls auch von Milosevic **akzeptiert**. **Knackpunkt** war nicht zuletzt der als Anhang B bekannt gewordene **militärische Teil** der Vereinbarung.

Eine alte diplomatische Weisheit lautet: Schaffe nie eine Situation, die nur die Wahl zwischen **Krieg und Kapitulation** läßt.

Doch genau dies hat die Nato mit ihrem Anhang B zum Vertrag von Rambouillet von Jugoslawien verlangt.

Artikel 8 dieses Vertragsanhangs hätte der Nato das Recht zur freien Bewegung **im gesamten Jugoslawien** eingeräumt, nicht nur im Kosovo.

Artikel 6 hätte sämtliche Aktionen der Nato unter **Immunität** gestellt und Artikel 10 bürdete Jugoslawien zu dem noch **sämtliche Kosten** zur Nutzung der Infrastruktur auf.

Was ist dies anderes als eine **Kapitulation**? Hätten wir dies akzeptiert?

Unsere Abgeordneten haben im Bundestag den **Bombardierungen** durch die Nato mit großer Mehrheit am 25.2.1999 **zugestimmt**. Nur die PDS und einige wenige Abgeordnete der Grünen und der SPD haben sich dem widersetzt.

Am letzten Samstag und dann auch noch einmal am darauf folgenden Montag erklärten einige Abgeordnete der SPD und der Grünen, sie hätten den vollständigen Vertrag von **Rambouillet** gar **nicht gekannt**, insbesondere nicht den Anhang B. Er war ihnen aus angeblichen Geheimhaltungsgründen nicht zugänglich gemacht worden. Der Vertrag von Rambouillet datiert vom 23.2.1999 also zwei Tage vor der Bundestagsabstimmung.

Da frage ich, wie ist es möglich, über ein so schwerwiegendes Vorhaben, wie der **Zustimmung zu Bombardierungen** abzustimmen, die so ernste Konsequenzen nach sich ziehen können, **ohne** über alle dazu notwendigen **Informationen** zu verfügen? Das ist skandalös.

Ende letzter Woche beschwerten sich unser **Kanzler**, unser **Außenminister** und auch der Ministerpräsident von Luxemburg darüber, daß sie vom amerikanisch geführten Oberkommando des Nato-Einsatzes **nicht genügend informiert** werden. Ihnen stünden die von den Amerikanern gemachten Luftaufnahmen zur Lagebeurteilung nicht uneingeschränkt zur Verfügung.

Ist unsere Regierung etwa auch nicht informiert und hat sich ohne ausreichende Kenntnisse aller Umstände der **amerikanischen Kriegsführung bedingungslos untergeordnet**? Dies wäre unverantwortlich.

Erinnern möchte ich an dieser Stelle, daß noch im **Juni 1998 die EU-Staaten** von denen 13 der Nato angehören, eine militärische **Intervention ohne UN-Mandat ausgeschlossen** hatten.

Das **Primat der Politik** ist offensichtlich verloren gegangen. Militärs und die hinter ihr stehende Rüstungsindustrie bestimmen scheinbar die Aktionen. Als am Dienstag von Übergriffen der Jugoslawen auf Albanien berichtet wurde, schnellten die Aktien der Rüstungsfirmen, auch die der deutschen, in die Höhe.

Gewinner in einem Krieg sind nie die einfachen Menschen, sie sind immer die Opfer. Die **Kriegsgewinnler** sind, wie die Geschichte zeigt, wo anders zu suchen.

Bisher habe ich kaum über die **Ursachen des Kosovo-Konfliktes** gesprochen. Sie muß man aber kennen, um einer Lösung näher zu kommen.

Lassen Sie mich einige nennen.

In seiner über **Jahrhunderte leidvollen Geschichte** waren die südslawischen Völker, unter ihnen Serben, Kroaten, Bosnier und Albaner, schon häufig **abwechself Unterdrückte** aber auch **Unterdrücker**. In schrecklicher Erinnerung sind uns sicher noch die Kämpfe der untereinander **verfeindeten Volksgruppen in Bosnien** vor ein paar Jahren oder die **Vertreibungen hundertausender Serben aus der Krajna** durch die Kroaten im August 1995 anlässlich der Auseinandersetzungen um die Unabhängigkeit von Kroatien.

Besonders schlimm war der Bürgerkrieg während des 2. Weltkrieges, als jeder gegen jeden kämpfte und als die **deutsche Luftwaffe am 6. April 1941** damit begann **Belgrad** zu bombardieren. Innerhalb weniger Tage mußte Jugoslawien damals kapitulieren. Vielleicht haben die Nato-Strategen daran gedacht, als sie glaubten Milosevic, in ein paar Tagen **"weich bomben"** und zum Einlenken zwingen zu können.

Am Ende des Weltkrieges übernahm Tito die Macht in Jugoslawien, und er rächte sich an allen, die nicht auf seiner Seite gekämpft hatten.

Doch dann gelang es ihm, Jugoslawien zu einigen und bis in die 60ziger Jahre zu stabilisieren. Doch mit dem **wirtschaftlichen Niedergang** erstarkten die **Autonomiebestrebungen** im Vielvölkerstaat. Eine Folge war die Gewährung eines Autonomiestatus auch für den Kosovo. Im Verlauf der **70ziger Jahre** wurde der Kosovo dann zunehmend **albanisiert**. Der Anteil der **serbischen Bevölkerung fiel von 30 % auf ca. 10 %**.

Nach Titos Tod kam es dann zu einer Umkehrung der Politik. Der **Autonomiestatus wurde 1989 aufgehoben** und die **Serben** gewannen wieder überproportional an Macht und Einfluß. Diesmal wurden die Albaner zurückgedrängt. Als Antwort forderte die albanische Mehrheit erneut die Autonomie und ein Ausdruck dieser Bestrebungen ist die Wahl von Rugova als Präsident einer Nebenregierung der Kosovo-Albaner. **Rugova** wollte auf **friedlichem Wege** eine größere Autonomie für den Kosovo aber unter weiterer Zugehörigkeit zu Jugoslawien. Der **Westen reagierte** hierauf jedoch **nicht** angemessen.

Mit zunehmender Verarmung radikalisierte sich der albanische Widerstand. Die bis dahin unbedeutende **UCK erhielt Zulauf**. Im Gegensatz zu Rugova will sie auf **militärischem Wege** eine vollständige Abtrennung des Kosovos von Jugoslawien. Große Teile dieser nach unserem Recht wohl als terroristische Organisation einzustufende Vereinigung strebt nach einem **Groß-Albanien**.

Ludger **Vollmer**, Grüner Staatsminister im Außenministerium erklärte die Rolle der UCK in einem Radiointerview mit dem WDR 5 am 28. Januar 1999 folgendermaßen:

"Die **UCK**, die man ja auch nicht übersehen darf mit ihren **Morden** und mit ihren **Provokationen**, versucht, die **NATO in einen Krieg hineinzuziehen**, weil sie, die UCK, im Binnenverhältnis zu den Serben unterlegen ist. Sie möchte die NATO quasi als eigene Luftwaffe haben.

Wenn die NATO sich aber darauf einläßt und so etwas wie eine staatliche Unabhängigkeit der UCK versucht herbeizubomben, dann wird dies Auswirkungen haben, die alle ganz schwer kalkulierbar sind. Denn dann werden andere Völker in der Region kommen und sagen, wir wollen jetzt auch die staatliche Unabhängigkeit."

Wo sind die Bedenken der Bundesregierung geblieben?

Es kam also zu einer **Eskalation der Gewalt**. Die **Serben** antworteten auf die bewaffneten Übergriffe der UCK mit **unangemessener Härte** und vertrieben die Albaner aus ihrer Heimat. So ist es in den Resolutionen der UN zum Kosovo-Konflikt nachzulesen. Und entgegen den Vorschriften der UN-Resolutionen rüsteten beide Seiten auf, und die UCK wurde unter Umgehung der Resolutionen mit amerikanischen Waffen versorgt. Das Kalkül der UCK war und ist es, die Nato zum militärischen Eingreifen zu bewegen, was ihr dann Angesichts der Interessenlage der Nato auch gelang.

Die sogenannten "**ethnischen Säuberungen**" durch das Milosevic-Regime haben diesen Prozeß beschleunigt. Und es ist eine Selbstverständlichkeit, daß wir diese **menschenverachtenden Maßnahmen** aufs schärfste **verurteilen**. Wir fordern die **sofortige Einstellung** dieser Aktionen. Die **Verantwortlichen müssen zur Rechenschaft gezogen** werden.

Aber **nicht alle Serben sind schuldig**. Da gibt es z. B. den ehemaligen Bürgermeister von Belgrad **Djindjic** aus der serbischen Opposition. Seine Möglichkeit politisch mäßigend auf Milosevic einzuwirken, werden durch die Bombardierungen der Nato jedoch von Tag zu Tag geringer.

Klar muß aber auch sein: Insbesondere Milosevic-Einheiten, als auch die UCK, haben beide in nicht unerheblichem Maße zur Eskalation der Gewalt beigetragen.

Ein weiterer nicht zu unterschätzender Punkt ist, wie eingangs schon erwähnt, die vorschnelle Anerkennungspolitik durch die deutsche Regierung unter Helmut Kohl und seinem damaligen Außenminister Hans-Dietrich Genscher. Warum sollten die Kosovo-Albaner keine Selbstständigkeit bekommen, die doch den anderen Teilrepubliken gewährt wurde.

Doch es ist jetzt müßig, dies zu beklagen.

Was kann man jetzt tun?

- **Einstellung der Bombardierungen** durch die Nato
- **Einstellung der Vertreibungen** und das Töten durch das Milosevic-Regime
- **Aufnahme von Vermittlungsgesprächen** unter Führung der **Vereinten Nationen** oder eines anderen von beiden Seiten akzeptierten Vermittlers, evtl. Nelson Mandela oder Rigoberta Menchu
- **Verzicht auf weitere Gewalt** von allen Seiten
- Implementierung einer internationalen **UN-Überwachungskommission** zur Einhaltung des Friedens im Kosovo ohne Beteiligung der Nato-Staaten
- **Vorläufige Autonomie** mit dem Ziel der **Beibehaltung der staatlichen Integrität** Jugoslawiens
- Einrichtung einer **Wahrheits- und Versöhnungskommission** nach südafrikanischen Vorbild
- **Bestrafung aller Kriegsverbrecher**
- Ein dauerhafter Friede ist nur möglich, wenn alle, aber auch **alle Bürger entwaffnet** werden.
- Der Staat muß wieder das **Gewaltmonopol** erhalten, aber unter demokratischer und **rechtsstaatlicher Kontrolle**, damit sich kein zweites Milosevic-Regime etablieren kann.
- Es müssen Wege gesucht werden aufkommende Spannungen abzubauen.
- Wir brauchen eine **demokratische Teilhabe** aller Völker und Ethnien auf dem Balkan, mehr **Toleranz** und **soziale Gerechtigkeit**.

Der **Weg des Krieges ist ein Irrweg!**

Fordern wir gemeinsam mit den internationalen Kirchenverbänden, dem Ökumenischen Rat der Kirchen, der Konferenz der Europäischen Kirchen, dem Lutherischen Weltbund, dem Reformierten Weltbund und vielen anderen Menschen:

Stopp dem Krieg auf dem Balkan!

Ich danke Ihnen für Ihre Geduld.

(Uwe Afemann, Rede vom 17.4.1999 auf der Kundgebung der Osnabrücker Initiative "Stopp dem Krieg auf dem Balkan")